

Kleine Anfrage

des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP

Klinik für forensische Psychiatrie in Stuttgart Bad Cannstatt

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum erachtet sie den Standort des ehemaligen Rot-Kreuz-Krankenhauses in Bad Cannstatt, inmitten eines städtischen Umfelds u.a. mit Wohnungen, als geeignet für einen Maßregelvollzug?
2. Wie viele und welche anderen Standorte genau wurden in Stuttgart und der Region für die geplante Außenstelle der Klinik Weißenau untersucht?
3. Welche Sanierungsmaßnahmen, baulichen Veränderungen und Installation von Sicherheitssystemen müssen vor Inbetriebnahme am Objekt Rot-Kreuz-Krankenhaus ausgeführt werden?
4. Wie viele feste und freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für den Betrieb der Klinik erforderlich, aufgelistet jeweils nach Funktionsbereichen?
5. Sollte an dem Standort ein privater Sicherheits- und Pfortendienst verpflichtet werden, wie viele Personen werden hier dann täglich zum Einsatz kommen?
6. Wie stuft sie die Gefahr von Entweichungen von Patienten am Standort Bad Cannstatt angesichts der Nähe zu ÖPNV, Gastronomie und zahlreichen Konsumangeboten ein?
7. Wie wird sich das Verkehrsaufkommen (durch Dienstfahrten, Lieferanten, Personal, externe Fachkräfte) zu der neuen Klinik erhöhen?
8. Welche weiteren Nutzungen, unter Nennung der Träger und Vorhaben, plant sie noch für das frühere Rot-Kreuz-Krankenhaus?
9. Wie viele soziale und karitative Einrichtungen (wie etwa Tafelläden, Flüchtlingsunterkünfte, Heime für Wohnsitzlose) mit Publikumsverkehr gibt es im Stadtbezirk Bad Cannstatt?
10. Wie schätzt sie, mit den vorliegenden Erfahrungen aus der Reform der Unterbringung nach 64 StGB, den Bedarf an Plätzen in den nächsten drei Jahren ein, unter Nennung der belegten Plätze in den Jahren 2020 und 2024 (Zahlen aufgeschlüsselt nach Jahren)?

29.10.2024

Haag FDP/DVP

Begründung

Das Land Baden-Württemberg plant am Standort Stuttgart Bad Cannstatt (ehemaliges Krankenhaus vom Roten Kreuz, Badstraße 35-37) eine Klinik für forensische Psychiatrie als neue Einrichtung im Maßregelvollzug des Landes. Bis zu 80 psychisch kranke Straftäter sollen dort behandelt werden. Es soll für 20 Personen eine geschlossene Station geben. Die Kleine Anfrage will mehr über Standortwahl, Planungen, Umbau- und Sicherheitsmaßnahmen und Auswirkungen für den Stadtbezirk erfahren.